



Demokratie aktiv gestalten – Fachtagung im Rahmen des LAP Nordsachsen

Dokumentation der Fachtagung am 12. Oktober 2011 in Eilenburg

Herausgeber:

Initiative Bildung in Zukunft e.V. (IBIZ)
c/o Veit Polowy
Dölitzer Str. 5
04277 Leipzig
www.bildung-in-zukunft.de

Layout:

Britta Zimmermann

Redaktion:

Johannes Höffling
Veit Polowy

Fotos:

Veit Polowy

Förderung:



Landrat Michael Czupalla: Grußwort zur Fachtagung

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Demokratie aktiv gestalten“ – die heutige Fachtagung ist ein wichtiger Baustein zur Umsetzung der Handlungsziele des Lokalen Aktionsplanes Nordsachsen im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Der Landkreis Nordsachsen möchte mit Hilfe des Lokalen Aktionsplanes eine nachhaltige Entwicklung lokaler Bündnisse gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie einen transparenten und beteiligungsoffenen Prozess der Demokratieentwicklung anregen. Eine bemerkenswerte Besonderheit des Lokalen Aktionsplanes ist die enge Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Ämtern. In seiner aktiven Tätigkeit der Lokalen Koordinierungsstelle und des Begleitausschusses werden demokratische Prozesse rege gestaltet. Der Lokale Aktionsplan verknüpft damit nachhaltig und zielorientiert wirksames Handeln auf lokaler Ebene mit zivilgesellschaftlichen Ansätzen und befördert ein breites Engagement der Bürgerinnen und Bürger.

Im Rahmen der Entwicklungsphase im vergangenen Jahr wurden lokale Strategien und Handlungsziele erarbeitet. Hierbei waren einerseits die Zivilgesellschaft, öffentliche Institutionen als auch interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Expertinnen und Experten unseres Landkreises aktiv einbezogen.

Demokratie, Toleranz und Vielfalt als zentrale Werte unserer Gesellschaft sind zu festigen. Ebenso sollen unsere Kinder und Jugendlichen für diese Grundsätze sensibilisiert werden. Die im Landkreis vorhandenen vielseitigen Akteure, so unter anderem Schulen, Jugendhilfe, Sport, Wirtschaft, Polizei, Medien, Kirchen, Interessenverbände, Bürgerinitiativen und Opferverbände werden aktiv eingebunden. Somit soll es uns gelingen einen Lokalen Aktionsplan mit all seinen Strukturen im Landkreis zu implementieren und aktiv zu gestalten. Erziehung zu demokratischem Handeln und zu demokratischen Grundwerten wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ist eine zentrale Aufgabe für die Pädagoginnen und Pädagogen in den Kindertagesstätten bzw. Schulen und die sozialpädagogischen Fachkräfte in den vielseitigen Projekten der Kinder- und Jugendarbeit.

Für die Erwachsenen gilt es:

- Verantwortung zu übergeben
- Selbständigkeit zu ermöglichen
- Toleranz vorzuleben
- Zivilcourage zu zeigen und zu würdigen
- Mitreden zu lassen
- Reale Partizipationsmöglichkeiten zu eröffnen
- Soziale Kompetenzen einzubringen

Und für die Kinder und Jugendlichen ergibt sich:

- Verantwortung zu übernehmen
- Selbständigkeit zu erlernen
- Toleranz zu entwickeln
- Zivilcourage aufzubauen und zu zeigen
- Mitreden zu können
- Reale Mitbestimmungsmöglichkeiten zu ergreifen
- Soziale Kompetenzen zu erwerben und auszubilden sowie
- Demokratie zu leben und zu erleben.

Meine Damen und Herren, Demokratie lernen bedeutet eine Herausforderung für alle Beteiligten, für die Erwachsenen wie auch die jungen Menschen gleichermaßen. In den vergangenen Jahren wurden bereits vielfältige Projekte zur Demokratie- und Toleranzförderung, gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit als auch gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit angeboten. Diese vorhandenen Ressourcen der verschiedenen Partner im Landkreis und darüber hinaus können nunmehr bei der Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes genutzt, ausgeweitet und qualitativ verbessert werden. Gerade die unterschiedlichen Fachkompetenzen der Partner haben wir uns bisher zu nutze machen können. Dies gilt es in einer breiten Netzwerkarbeit weiter zu verbessern.

Die heutige Fachtagung möchte einen wesentlichen Beitrag hierzu leisten, Akteure der Zivilgesellschaft, verschiedene Institutionen und kommunale Behörden zur Stärkung der demokratischen Bildung im Landkreis zu vernetzen. Somit soll es uns gemeinsam gelingen eine lokale Strategie zur Stärkung der demokratischen Bildung im Landkreis Nordsachsen zu erarbeiten.

Ich wünsche Ihnen für die heutige Fachtagung gutes Gelingen und viel Erfolg innerhalb der Workshops und Fachgespräche.

Eilenburg, den 12.10.2011

Inhalt

- 3 Grußwort
- 5 Inhaltsverzeichnis
- 6 Zusammenfassung

World-Café

- 8 World-Café-Tisch 1:
Demokratisch handeln in Schulen
- 16 World-Café-Tisch 2:
Demokratie erleben – Projektansätze für die Praxis
- 22 World-Café-Tisch 3:
Bürgerinitiativen als Triebkraft lokaler Demokratie
- 26 World-Café-Tisch 4:
Demokratie lebt – Demokratie versteckt sich...
- 31 World-Café-Tisch 5:
Mut vor Ort. Arbeit mit Rechten, Jungen und Mädchen.
- 37 World-Café-Tisch 6:
Antragswust, Antragsfrust und Hoffnung...
- 40 Eigene Notizen

Zusammenfassung der Tagungsergebnisse



Die Fachtagung „Demokratie aktiv gestalten“ im Rahmen des LAP Nordsachsen, gefördert durch das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“, brachte VertreterInnen von Kommunen, zivilgesellschaftliche Initiativen und Akteure aus der Jugend- und Sozialarbeit zusammen und regte einen Austausch über den Ist-Zustand und künftige Möglichkeiten stärkerer demokratischer Beteiligung im Landkreis Nordsachsen an.

Ablauf

Nach einer Begrüßung durch den Veranstalter, die Initiative Bildung in Zukunft e.V. (IBiZ), betonte der Landrat des Landkreises Nordsachsen, Herr Michael Czupalla, in seinem Grußwort den Wert des bürgerschaftlichen Engagements für die Demokratie. Den inhaltlichen Auftakt bildeten Impulsreferate der Tischmoderatoren des

World-Cafés, die in kurzen Statements das jeweilige Thema ihres Tisches vorstellten. Die Gesprächsrunden des World-Cafés boten allen Teilnehmer/innen Gelegenheit, sich an bis zu drei Tischen auszutauschen und mitzudiskutieren. Die Abschlussrunde in Form eines „Fishbowl“ führte die Ergebnisse zusammen.

Inhalte

Die Themen des World-Cafés bildeten einen Querschnitt der alltäglichen Erfahrungen und Herausforderungen in wesentlichen Bereichen der Demokratieentwicklung.

Die Leitfragen der Arbeitstische waren: Welche Erfahrungen liegen vor? Wie kann man Demokratie aktiv gestalten? Welche Aufgaben gibt es? Wen oder was brauchen wir dafür? Der Austausch der Akteure von Zivilgesellschaft und öffentlichen Institutionen stärkte die wechselseitige

Wahrnehmung und das Verständnis für inhaltliche, lokale und prinzipielle Problemlagen. Dadurch wurde es möglich, auch konkrete Impulse und Handlungsansätze auszutauschen. Die inhaltlichen „Tische“ arbeiteten spezifische Aufgaben heraus, zugleich zeigten sich gemeinsame Fragen, Herausforderungen und Lösungsstrategien.

► Am Tisch **„Demokratisch Handeln in Schulen“** trugen die Teilnehmer wesentliche Formen der Partizipation an Schulen zusammen: Der Erfahrungsschatz an ermutigenden Initiativen ist reich, das Spektrum zwischen „aktiven“ und eher „passiven“ Schulen breit. Eine demokratische Schulkultur hängt von allen Akteuren ab, kann nicht gegen bestehende Strukturen oder Lehrer durchgesetzt werden. Wer von außen etwas anstoßen will, muss sich immer an den konkreten Bedingungen der Schule ausrichten. Besonders positive Beispiele schulischen Engagements sind der Klassenrat und Schüler/innen als Moderatoren.

► Der Arbeitstisch **„Demokratie erleben“** diskutierte den Demokratiebegriff

und sammelte vielfältige Beispiele dafür, wie und an welchen Orten die Potentiale demokratischer Prozesse genutzt werden können. Demokratie wird als nicht endender Prozess verstanden, der Räume und professionelle pädagogische Begleitung braucht. Demokratielernen als Kompetenzvermittlung kann und sollte schon in Kitas und Grundschule einsetzen; Jugendbeteiligungsstrukturen können stärker als Probier- und Lernfeld für Demokratie genutzt werden. Alters- und bereichsübergreifend eröffnen sich große Chancen für die Weiterentwicklung der Demokratie hin zu einer Demokratie als Lebensform.

► In der Austauschrunde zu **„Bürgerinitiativen als Triebkraft lokaler Demokratie“** wurde dargestellt und diskutiert, wie Bündnisse und Netzwerke vor Ort auf Probleme und Missstände reagieren, welche Beiträge Institutionen einerseits, engagierte Bürger/innen andererseits leisten können. Herausgearbeitet wurde, wie wichtig Einzelengagement in Netzwerkstrukturen ist. Weiterbildung für Bürger/innen kann ein sinnvoller Ansatz

zur Verstetigung von Engagement sein, das sich nicht nur „gegen“ etwas richtet, sondern FÜR demokratische Ziele eintritt. Mehr Anerkennung für die Akteure ist unverzichtbar.

► Anerkennung und Wertschätzung geleisteter Arbeit stellten sich auch am Tisch **„Demokratie lebt – Demokratie versteckt sich“** als wichtige Elemente in den Erfahrungen und Handlungsansätzen im (ländlichen) kommunalen Raum heraus, insbesondere in der Arbeit gegen rechtsextreme Bedrohungen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Zivilgesellschaftliche Netzwerke brauchen (gegenseitige) Anerkennung und faire Kommunikation, von Gewalt oder Diskriminierung Betroffene Einfühlung und Solidarität. Angebote wie Präventionsveranstaltungen können Konflikte und Konfliktlösungsstrategien thematisieren. Die Einbindung von Jugendlichen sollte verstärkt auch durch modere Kommunikationsformen wie z.B. das Internet und soziale Netzwerke erreicht werden.

► Am Arbeitstisch **„Mut vor Ort“** ging es aus ge-

schlechtsspezifischer Perspektive ebenfalls um Rechtsextremismus. Die Teilnehmenden diskutierten über konventionelle Geschlechterrollen und ihre Ausprägung in rechtsextremen Strukturen, über Erfahrungen mit und Interventionsmöglichkeiten gegenüber rechts orientierten Jugendlichen. Auch die Rolle der Polizei, z.B. bei Demonstrationen, war Thema. Das Modellprojekt **„Mut vor Ort“** bietet sächsischen Trägern der Jugendarbeit konkrete Begleitung und Handlungsansätze.

► Die Beratungsrunde **„Antragswust – Antragsfrust und Hoffnung...“** sammelte Ideen und Tipps zur Projektentwicklung und -finanzierung. Zur erfolgreichen Antragstellung müssen stets Ausgangslage und Zielgruppe eines Projekts präzise geschildert werden; Projektbeschreibungen müssen umfassend nachvollziehbar sein, wobei Innovation bzw. Nachhaltigkeit der zu fördernden Projektaktivitäten herausgestellt werden sollten. Ein zu schaffendes Projektentwicklernetzwerk könnte bei der Projektentwicklung Unterstützung leisten.

World-Café-Tisch 1: Demokratisch handeln in Schulen

Moderation: Dr. Wolfgang Wildfeuer
Sächsisches Bildungsinstitut, Regionalberater des
Förderprogramms „Demokratisch Handeln“



Zu Beginn der Runden des World-Cafés stellt sich der Moderator vor: Wolfgang Wildfeuer ist für das Sächsische Bildungsinstitut (SBI) tätig und seit 1996 Regionalberater des (bundesweiten) Förderprogramms „Demokratisch Handeln“ (DH), das seit mehr als 20 Jahren demokratisches Engagement an der Schule und über die Schule hinaus fördert. Dabei steht besonders das Thema „Schulklima“ im Vordergrund.

Wolfgang Wildfeuer (Bild: rechts) betreut den jährlichen Wettbewerb zur Dokumentation und Prä-

sentation von Themen und Projekten aus dem Alltag von Schule und Sozialarbeit, insbesondere solche[n], die eine eigenverantwortliche Tätigkeit der Schülerinnen und Schüler ermöglichen.



Ausgangspunkt: ein Spannungsverhältnis zwischen Sein und Sollen...

Das Förderprogramm „Demokratisch Handeln“ bietet Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, bereits vorhandenes Engagement an Schulen einer breiteren Öffentlichkeit zu präsentieren, sich mit anderen auszutauschen und zu vernetzen sowie Perspektiven demokratischen Handelns an Schulen zu reflektieren. Wo Jugendliche bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und sich, orientiert am Gemeinwohl, auch außerhalb der Schule einzumischen, kann DH unterstützen und helfen, Projekte durchzuführen oder weiterzuentwickeln. Schüler/innen-Engagement kann aber kaum von außen initiiert oder gesteuert werden, sondern es entsteht, wo ein Spannungsverhältnis zwischen „Sein“ (Ist-Zustand an Schulen) und „Sollen“ (Was wollen wir?) wahrgenommen und als Anlass zum Handeln genutzt wird. Die offene Diskussion am Tisch orientierte sich zunächst an folgenden Leitfragen:

I. Erfahrungen

Welche Erfahrungen liegen vor? Welche Erwartungen

und Wünsche, welche Probleme und Herausforderungen gibt es?

Den inhaltlichen Einstieg bildeten somit Erfahrungsberichte, in denen die verschiedensten Themen zur Sprache kamen, insbesondere Erfahrungen der Schulsozialarbeit, das Bedürfnis nach Feedback bzw. Rückmeldungen an Lehrer/innen und die Frage, welche Rolle Schüler/innen als Streitschlichter/innen und Moderator/innen spielen können.

1. Schulsozialarbeit: Gemischte Erfahrungen...

Mehrere inhaltliche Beiträge kamen von Schulsozialarbeiter/innen. Es wird von positiven Erfahrungen berichtet, etwa mit Klassensprecherinitiativen, mit dem Schülerrat oder mit Impulsen in Richtung sozialen Lernens. Schulsozialarbeiter/innen unterstützen das Schulleben und bringen neue Perspektiven ein (auch von Veranstaltungen wie dieser Tagung) – allerdings sei es schwierig, ohne externe Partner zu agieren. Weniger erfolgreiche Erfahrungen gebe es zum Teil in der Schulsozialarbeit an der Berufsschule, wo etwa bei BVJ-Schüler/innen „Schul-

müdigkeit“ und wenig Motivation zu Engagement festzustellen sei. Ein Zugang, Schüler/innen auch hier zu motivieren, könnte die Frage sein:

► *„Wo/wann wird eigentlich Schule für Euch interessant?“*

Es wird vom Vorhaben berichtet, einen „Raum für Begegnung“ zu schaffen, dessen Ausgestaltung Raum für Schüler/innen bieten würde, sich einzubringen. Hier stellt sich zugleich die Frage von Fördergeldern. Schüler/innen sind nur für kurze Zeit (z.B. im BVJ nur ein Jahr) an der Schule, was eine langfristig angelegte Arbeit schwierig macht. Vielen – nicht nur in der Berufsschule – fällt es schwer, überhaupt ihre Meinung zu äußern, es besteht die Angst, von anderen ausgelacht zu werden. Ein Projekt wie z.B. ein „Raum für Begegnung“ könnte von DH beratend begleitet werden.

2. Feedback/Rückmeldungen an Lehrer

Der Sohn eines Teilnehmers hat selbst ein Zeugnis für die Lehrerin geschrieben, Kriterien u.a.: Gerechtigkeit vs. Ungleichbehandlung von Schüler/innen. Eine

Demokratie an der Schule: Schülerinnen und Schülern demokratische Kompetenzen zu vermitteln, gehört zu den Grundaufgaben einer modernen und humanen Bildung und ist zugleich Voraussetzung für das Funktionieren der Demokratie als politisches System.

► Erfahrungen: Wie kann man in der Schule „demokratisch handeln“? Wie können sich Schüler/innen die dafür nötigen Kompetenzen aneignen?

► Aufgaben: Welche Ansätze und Möglichkeiten demokratischer Schulentwicklung können von Schüler/innen, Lehrer/innen und anderen Akteuren in und außerhalb der Schule aufgegriffen werden, welche Probleme und Grenzen zeigen sich dabei?

► Was brauchen wir dafür? Wie kann Partizipation an der Schule und aus der Schule heraus konkret umgesetzt werden?

Lehrerin lässt Schüler/innen zur Selbsteinschätzung eigene Zeugnisse schreiben. Andere Lehrer/innen könnten diesen Ansatz durchaus aufgreifen. Auch im Schüler/innenparlament gab es den Wunsch, Lehrer/innen Rückmeldung zu geben – Wie kann das gelingen?

► *Lehrer/innen dazu bringen, Rückmeldung anzunehmen, ist eine wichtige Voraussetzung für eine Feedbackkultur.*

Im ersten Schritt könnten sich Lehrer/innen zunächst eine anonyme Einschätzung erbitten – diese Bitte um Rückmeldung erleben Schüler/innen als Wertschätzung. Dies könnte von Schulsozialarbeiter/innen moderiert werden. Bei sogenannten „Rückmeldungen“ auf Internet-Portalen wie spickmich.de stehen Lehrer dagegen am Pranger, was eine „Pervertierung von Demokratie“ sei, so Wolfgang Wildfeuer.

3. Schüler/innen als Streitschlichter, Moderatoren, Vorbilder...

An einigen Schulen agierten Klassensprecher/innen auch als Streitschlichter/innen, berichtet Wolfgang

Wildfeuer. Er betont jedoch: Das Modell Streitschlichtung hat Grenzen! Schüler/innen sind zwar diesbezüglich gut trainierbar, werden aber zu wenig als Streitschlichter/innen angefragt. Daher sollten Schüler/innen nicht auf die Rolle von Streitschlichter/innen reduziert und „nur“ in dieser Rolle ausgebildet werden. Vielmehr sollten Schüler/innen umfassend als Moderator/innen ausgebildet werden. Schüler/innen wechseln als Moderator/innen ihre Rollen – es entsteht eine eigene Dynamik der Verantwortungsübernahme. Moderation/Streitschlichtung kann nach der Erfahrung Wolfgang Wildfeuers ein Feld für Schülersprecher/innen sein, in dem sie wirksam werden und von dem andere Aktivitäten ausgehen könnten. Generell sei es wichtig, die Bedürfnisse von Schüler/innen auf die Bühne bringen, aber zugleich auch Lehrer/innen zu schützen, ihnen gegenüber Respekt zu wahren. Zur Etablierung einer demokratischen Kommunikationskultur empfehle sich ein Vorgehen in Etappen, z. B. über die Bildung einer Schüler/innenmoderatorengruppe. Sie können Schulveranstal-

tungen moderieren, z.B. Feste, Zeugnisübergabe, den Schülerrat oder auch Lern-Nachmittage für Lehrer. Dies ermögliche eine Entwicklung weg von der Lehrerzentrierung hin zur Selbstwirksamkeit der Schüler/innen!

4. Und wie kommt man da hin? Zum Beispiel...

... kann in Ganztagsangeboten Kommunikation geschult werden (wie z.B. in der AG „Schüler helfen Schülern“ am Rhein-Wied-Gymnasium in Neuwied/Rheinland-Pfalz). Bereits Kita-Kinder oder Grundschüler/innen können kleine Moderationen übernehmen, z.B. im Morgenkreis. Lehrer/innen können Schüler/innen gezielt ansprechen. Kinder, die (noch) nicht schreiben können, könnten auch durch Zeichnen oder Malen festhalten, welche Regeln gemeinsam abgestimmt wurden.

Ganztagsangebote können Schüler/innen in Kommunikation fortbilden. Inhalt solcher Ganztagsangebote kann z.B. sein: das Training von Rhetorik, Körpersprache, aktives Zuhören, gewaltfreie Kommunikation und Streitschlichtung – Schüler/innen sind gut trainierbar, schnell zeigen sich

Verbesserungen. Schüler/innen können lernen: Wie sage ich meine Meinung so, dass Lehrer/innen diese annehmen können und ich selbst dahinter stehen kann?

... können Gruppen aus sich fortbildenden Schüler/innen in den Bereichen Moderation, Coaching, Streitschlichtung regelmäßig (z.B. 14tägig) an ihren Fähigkeiten arbeiten.

... ein best practice-Beispiel: die Wahl „Schüler des Monats“ - dafür wurde die Realschule am Europakanal in Erlangen mit dem Deutschen Schulpreis 2010 ausgezeichnet (vgl. Fauser/Prenzel/Schratz 2010). Dies ist eine besondere Form der Anerkennung gegenüber einem Schüler oder auch einer Schülergruppe, der/die in einem bestimmten Bereich vorbildlich gehandelt oder Verantwortung für die Schüler/innen-Gemeinschaft bzw. die Schule übernommen hat. Wer als „Schüler des Monats“ vorgeschlagen wird, muss selbst begründen warum. Diese Begründung wird auf der Schul-Website veröffentlicht.

Einwand: Werden solche

Schüler dann nicht als „Streber“ stigmatisiert?

Wolfgang Wildfeuer hebt hervor, dass es legitim sei, bestimmte Werte auszuzeichnen – Schulen können dies offensiv vertreten. Alle Lehrer/innen seien dann sensibilisiert, z.B. auf Mobbing eines ausgezeichneten Schülers zu reagieren. „Schüler des Monats“ wurden bereits eine Musical-Gruppe, Schüler/innen, die den Werkraum sanierten oder eine Schachecke eingerichtet haben.

II. Schule als Sozialraum

Wie sieht eigentlich die Ausgangslage an Schulen aus, an denen sich Schüler/innen engagieren wollen? Welche Probleme treten auf, wenn man aktiv werden will? Was die Bereitschaft von Schulen zur Veränderung angeht, besteht nach den Erfahrungen Wolfgang Wildfeuers eine große Bandbreite: Schule sei oft noch ein „in sich geschlossenes System“, andererseits gebe es häufig große Offenheit. Es sei zunächst zu klären:

Welche Prozesse sind bereits gelaufen?

Welche demokratischen Formen gibt es?

Wird z.B. der Klassenrat

praktiziert?

1. Wer wird aktiv?

„Demokratisches Handeln“ an der Schule, so der Moderator, werde oft von Schüler/innen selbst angestoßen und könne kaum gesteuert werden – dennoch seien auch Impulse von außen (durch Lehrer/innen) wichtig. Manchmal funktionierten solche Impulse von außen aber nicht – warum?

Oft sind an Schulen Ängste, insb. der Angst vor Machtverlusten und ein Festhalten an klaren Hierarchien bestimmend.

Deshalb: Transparenz von Anfang an, Stellung von Lehrer/innen klären!

► *Schüler/innen und Lehrer/innen gestalten gemeinsam das Klima einer Schule.*

In Schulen sind es nach den Erfahrungen der Teilnehmer/innen des Arbeitstisches häufig Jahr für Jahr immer die Gleichen, die z.B. als Klassensprecher/innen aktiv sind und auch immer die gleichen, die nicht aktiv sind. Unter Lehrer/innen sei dies häufig genau so. Ob man dies ändern könne? Es könnten zumindest Bedingungen geschaffen werden, damit möglichst viele die Be-

reitschaft zur Übernahme von Verantwortung entwickeln. Schule als Sozialraum und das Schulklima hängen für Wolfgang Wildfeuer von vielen Faktoren ab, auch von handelnden Akteuren wie Schulleitungen oder Beratungslehrer/innen.

2. Problemfeld: Übergänge zwischen Bildungseinrichtungen

Diese Übergänge (Kita – Grundschule – Sekundarstufe – Gymnasium etc.) werden, so die Teilnehmer, häufig als „Brüche“ erlebt. Entsprechend sollten diese Übergänge gestaltet werden. Dafür ist nicht nur ein Austausch zwischen den einzelnen Bildungseinrichtungen notwendig. Auch Sozialformen wie der Klassenrat oder die Unterstützung durch die Schulsozialarbeit helfen Kindern, sich in neuen Gruppen zurechtzufinden.

3. Problemfeld Autorität vs. Selbstbestimmung

Schule sollte nach Überzeugung der Teilnehmer/innen nicht nur Wissen vermitteln – ihre Aufgabe sei auch die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung. Entwicklung und soziales Lernen des Kindes erfordern also eine gute Partnerschaft

zwischen Schüler/innen und Lehrer/innen. Schüler/innen sind auch als mündige Bürger/innen gefordert! *Einwand: Im Gegensatz zum freien Jugendtreff ist Schule hierarchisiert.* Dem wird entgegnet: Respekt verlangt auch bestimmte Formen. *Frage: Wie lässt sich das z.B. mit Duzen vereinbaren (Wie wird dies z.B. an freien Schulen gehandhabt?)* Grundsätzliche Problematik bei Schülerrat und Elternrat: Es ist immer ein/e Lehrer/in dabei, beim Elternrat immer die Schulleitung – Wie unabhängig können diese Gremien sein, wenn Lehrer/in bzw. Schulleitung stets kommentieren?

4. Praxisbeispiel Klassenrat

Der Klassenrat ist ein Gremium bzw. eine Runde, in der eine Klasse regelmäßig, z.B. wöchentlich eine Stunde lang, ihre eigenen Angelegenheiten bespricht und regelt: Es geht um die Bedürfnisse der Schüler/innen, ihre Probleme und die Klassengemeinschaft. (Deshalb erscheint ein Klassenrat in der 5. Klasse nach dem Übergang von der Grundschule besonders sinnvoll.) Vermittelt werden demokratische Kompetenzen wie Anerkennung,

Wertschätzung, sachliches Sprechen und aktives Zuhören, Respekt gegenüber Anderen, bis hin zur eigenständigen Beschlussfassung.

Im Rahmen des Projekts „Initialzündung Klassenrat“ begleitet die Initiative Bildung in Zukunft e.V. (IBiZ) seit Beginn des Schuljahrs 2011/12 drei Schulen (insgesamt acht Klassen) dabei, den „Klassenrat“ einzuführen. Nach der 10-wöchigen Initiierung in den Schulen soll der Klassenrat, an dem auch Lehrer/innen oder Schulsozialarbeiter/innen teilnehmen können (allerdings ohne gegenüber den Schüler/innen größere Entscheidungsrechte innewohnen), ohne externe Moderation weitergeführt werden (etwa geleitet durch Klassenlehrer/innen). Der Bedarf seitens der Schulen nach dieser grundlegenden Form der Unterstützung und Stärkung kommunikativer, sozialer und demokratischer Kompetenzen ist als hoch einzuschätzen; die Erfahrung im Klassenrat, der den Schüler/innen oft auch viel Spaß macht, strahlt auch auf die Unterrichtsatmosphäre in den Fächern aus.

5. Die Sicherheits- und Kriminalitäts-Problematik

... kann durch schulische Präventionsveranstaltungen seitens der Polizei entschärft werden – dafür besteht aus Polizeisicht jedoch oftmals keine Offenheit der Schulen. Angebote der Polizei werden am besten angenommen, wenn sie sich an Schüler/innenbedürfnissen und –fragen ausrichten.

6. Schule, Jugendeinrichtungen, Elternrat

Die Zusammenarbeit von Jugendclubs und Schulen, v.a. mit Beratungslehrer/innen, ist nach der Erfahrung der Teilnehmer/innen wichtig!

Problem-Beispiel: Die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Jugendclubs sei zwar wünschenswert. Da es jedoch – wie in Eilenburg – immer weniger Jugendliche gebe, stehe nicht mehr in allen Stadtteilen ein Jugendclub und damit ein/e Sozialarbeiter/in zur Verfügung. Eine Lösung könnte die Umwidmung einer sozialpädagogischen Stelle in eine Schulsozialarbeiterstelle sein.

III. „Demokratie als Lebensprinzip“

Schülermitverwaltung in der Schule, Schülermode-

rator/innen und Schüler/innencoaching (s.o.) verfolgen neben konkreter Unterstützung von Schüler/innen und Kommunikationsprozessen in der Schule das langfristige Ziel, die Schulkultur zu verändern, in der somit Demokratie als Lebensprinzip immer selbstverständlicher wird.

Über Schule hinaus gibt es vielerlei Möglichkeiten für Schüler/innen, sich zu engagieren, auch etwa im Umweltbereich – als Beispiele genannt werden eine ökologische Station und das Engagement von Jugendlichen für Klimagerechtigkeit.

In den Tischrunden werden zwei Praxisfelder ausführlicher besprochen, in denen „Demokratie als Lebensprinzip“ wirksam wird:

1. Zum Beispiel: Das Jugendparlament Taucha

Eine Teilnehmerin des Jugendparlaments Taucha berichtet, dass das Jugendparlament (JuPa) Taucha sich aus (derzeit sieben parteiunabhängigen) Vertreter/innen von Schulen zusammensetzt. Es hat eine/n Ansprechpartner/in bei der Stadtverwaltung (Sozialbereich) und berät kommunale

Gremien bei städtischen Angelegenheiten: JuPa-Vertreter/innen sitzen im Kultur- und Sozialausschuss, Stadtratsabgeordnete und Stadtverwaltung (Fachbereichsleiter Kultur/Soziales) werden umgekehrt zu JuPa-Sitzungen eingeladen. Das JuPa hat sich eine eigene Geschäftsordnung gegeben.

Als einen Erfolg kann das JuPa für sich verbuchen, die nächtliche Beleuchtung im Stadtpark verbessert zu haben. Für eigene Projekte hat das JuPa ein jährliches Budget von 1000 Euro. Die Vertreter/innen werden – 2011 zum dritten Mal – nach einer eigenen Wahlordnung gewählt. Hierfür wird an Schulen geworben. Der Zugang zu Schulen, v.a. zum Gymnasium, gestaltet sich allerdings schwierig. Am Wahltag können die Wahlberechtigten in den Schulen und in der Stadtverwaltung ihre Stimme abgeben.

Herausforderungen: Die inhaltliche Arbeit des JuPa ist selbstorganisiert, eine Unterstützung wird aber teilweise gewünscht, z.B. bei Projektmanagement (Wie kommen wir von der Idee zu einem Plan, einem Beschluss, zur Umsetzung?). Durch Öffentlichkeitsarbeit

wurde für die Idee des JuPa geworben, wodurch sich auch die Zusammenarbeit mit der Stadt verbessert habe. Das JuPa Taucha habe allerdings Nachwuchsprobleme. Das JuPa ist ein Impulsgeber für das Jugendparlament Leipzig.

► *Wolfgang Wildfeuer regt an, Erfahrungen mit der Arbeit und Entwicklung des JuPa Taucha zu dokumentieren und bei DH einzureichen – die erfolgreiche Arbeit des JuPa Tauacha wäre sicherlich eine Anregung für andere.*

► *Schulsozialarbeiter/innen und Jugendclubs in Taucha können mit dem Ziel einer Zusammenarbeit angesprochen werden!*

2. Zum Beispiel: Der Schulentwicklungsprozess in Wilthen...

An der Goethe-Mittelschule Wilthen wurde ein Schulentwicklungsprozess über ein Jahr von drei externen professionellen Kräften begleitet (Die Schule nahm von 2002 bis 2007 am Programm „Schule und Unterricht demokratisch gestalten“ (SUD) im Rahmen des BLK-Programms „Demokratie lernen und leben“ teil.).

Ziel war die Erarbeitung

eines neuen Schulprogramms mit allen an der Schule Beteiligten. Es ging um die Vermittlung demokratischer Kompetenzen, zielgruppengemäßer, niedrigschwelliger Methoden und Ansprachen. Als Auftakt fand eine zweitägige Zukunftswerkstatt statt, aus der Planungszirkel hervorgingen, die versuchten, Ergebnisse der Zukunftswerkstatt umzusetzen und Verbindlichkeiten festzulegen.

Folgende Veränderungen gegenüber der Ausgangssituation wurden erzielt: In der Zukunftswerkstatt wurden Problemperspektiven transparent gemacht – der Austausch über eine andere Zukunft kam in Gang. Es wurde erreicht, dass die Beteiligten einander zuhörten. Schließlich wurde ein neues Schulprogramm geschrieben, das nun umgesetzt wird.

Erkenntnisse: Schulentwicklungsprozesse erfordern zuallererst die Zustimmung der Schulkonferenz. Während zu Beginn die Schüler/innen aller (!) Klassen bei der Situationsanalyse einbezogen wurden, lief die Weiterarbeit letztlich nur mit Freiwilligen weiter.

Externe blieben in der Schule teilweise Fremde – da muss man dran bleiben. (Für eine ausführliche Beschreibung der Schulprogrammarbeit in Wilthen siehe Busch/Glaser/Seifert 2006)

Fazit...

► Erfahrungen:

Es gibt eine Vielzahl guter, ermutigender Erfahrungen – aber auch Grenzen. Das Spektrum reicht von großer Offenheit bis hin zu starren Schulstrukturen. Insgesamt sei die Kultur der Beteiligung in den letzten Jahren besser geworden. Ein beispielhafter und grundlegender Ansatz ist der Klassenrat. Kinder und Jugendliche können schon früh Verantwortung übernehmen. Die Auszeichnung „Schüler des Monats“ zeigt: Warum nicht auch Vorbild sein?

► Aufgaben:

Das Moderator/innen-Modell bietet viel Potential für Schüler/innen und Schulen. Warum sollten Schülerstreitschlichter nicht auch Coaches oder Moderator/innen sein? Schulkultur wird von vielen Faktoren und Akteuren gemeinsam bestimmt. Daher geht es nicht darum, Veränderungen gegen Strukturen durchzusetzen, sondern alle Beteiligten mitzunehmen.

Wenn man von außen kommt (etwas anstoßen will...), muss man zunächst wissen: „Wie tickt die Schule?“ Angebote sollten immer flexibel an die Schule angepasst werden. Spaß und Freude sollte es auf jeden Fall machen!

► Was brauchen wir dazu?

Mehr Anerkennung für das, was an demokratischen Prozessen läuft!

Literaturtipps:

Fauser/Prenzel/Schratz: Was für Schulen! Individualität und Vielfalt – Wege zur Schulqualität. Portraits der Preisträgerschulen und der nominierten Schulen des Wettbewerbs 2010, Klett Kallmeyer Verlag (2010)

M. Busch/R. Glaser/R. Seifert: Schulprogramme gemeinsam entwickeln – Potenziale partizipativer Prozesse, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, Dokumentation 06, Berlin 2009

Wolfgang Wildfeuer: „Partizipation in der Ganztagschule – Bezüge, Anregungen, Beispiele. Ein Praxisheft zum

Wettbewerb „Zeigt her Eure Schule“ im Schuljahr 2007/2008“, hrsg. v. Deutsche Kinder- und Jugendstiftung

(DKJS) im Rahmen von „Ideen für Mehr! Ganztägig Lernen.“, Arbeitshilfe 13, Berlin 2009, <http://www.ganztaegig-lernen.de/media/web/download/ah-13.pdf>, zum Schülerstreitschlichtermodell S. 79ff.

Fortbildung:

Lehrer/innenausbildung für das Moderatorenmodell (Coachingmethoden, Mediation) im März 2012 in Meißen.

World-Café-Tisch 2: Demokratie erleben – Projektansätze für die Praxis

Moderation: Rico Riedel, freier Trainer für politische Bildung, Landesarbeitsgemeinschaft politischer Bildung Sachsen e.V., pädagogischer Mitarbeiter beim Kinder- und Jugendring Sachsen, Projekt „Jugendbeteiligungstage“

Zu Beginn der drei World-Café-Runden stellen sich die Teilnehmer/innen mit ihren eigenen „Bildern von Demokratie“ vor, dazu dienen vom Moderator ausgelegte Bildkarten.

I. Erfahrungen. Was heißt für Sie „Demokratie“?

1. Einige Zitate

Demokratie (ist)...

...ein nicht endender Prozess

...bietet die Möglichkeit (für Jugendliche), sich einzubringen

...bedeutet Freiheit zur Individualität

...Freiheit und Selbstbestimmung

...ermöglicht Partizipation – auch Kinder müssen einbezogen werden

...heißt Solidarität

...muss Vielfalt und Widersprüche aushalten

...„ein schwer zu erklimmender Berg“

...Gemeinschaft

...bei Demokratie ist der Weg das Ziel

...die beste Staatsform, wenn auch mit Schwächen

...muss verteidigt werden

...bietet die Möglichkeit, sich jederzeit spontan zu treffen

...die Suche nach der bestmöglichen Lösung

...bedeutet, Spuren zu hinterlassen

...beinhaltet „viel Feuer, viel Potential“

...ein unscharfer und unklar definierter Begriff

Demokratie als Begriff sollte nicht überfrachtet werden.

2. Offene Diskussion über „Demokratie“ und „Demokratielernen“ – Leitfrage: Wie kann man Demokratie „erlernen“ (und leben)?

Die Diskussion um Demokratie und Demokratielernen am Tisch ist von sehr heterogenen Stimmen, Demokratievorstellungen und –begriffen geprägt. Es wird auf vielen verschiedenen Ebenen diskutiert. Es werden zahlreiche Stichworte gesammelt, die später geordnet und zu einzelnen Kategorien zusammengefasst werden:

Was bedeutet „Demokratie erleben“? An welchen Orten können Demokratieerleben und Demokratielernen stattfinden? Worin bestehen die Potentiale von Demokratielernen und -erleben? (siehe II: Handlungsansätze)





In der folgenden Zusammenstellung werden zunächst die Stichworte und Ideen rund um die Frage, was „Demokratie erleben“ bedeuten kann, nach folgenden Bereichen geordnet...

► *Was bedeutet Demokratie erleben für den Einzelnen?*

Demokratie besteht aus vielen kleinen Bausteinen ... kann Spaß machen! ... bedeutet Selbstverantwortung ... beinhaltet Rechte und Pflichten ... heißt, sich seine eigene Meinung zu bilden ... mitbestimmen ... wählen ... die eigenen Anliegen werden gehört ... undemokratisches Verhalten wird benannt ... Demokratie schafft Befähigung, sich zu informieren und zu handeln ... andere Meinungen aushalten ... Fairness, Res-

pekt von Minderheitenpositionen ... Gewaltverzicht lernen ... der Umgang mit Minderheiten ist Gradmesser der Demokratie

► *Was ist erforderlich? (institutionell, strukturell)*

... alternative Konfliktlösungen ... pädagogische Einrichtungen und gut qualifiziertes pädagogisches Personal müssen Demokratielernen ermöglichen ... und auch die Pädagogen brauchen Unterstützung ... Aushandlungsprozesse junger Menschen begleiten ... Regeln aushandeln und diese Regeln auch einhalten ... Prinzip der runden Tische ... Konsensfindung

► *Was gehört dazu? (zwischenmenschlich)*

Wer können Vorbilder sein?

Im Mittelpunkt des Tisches stand der Austausch und die Diskussion darüber, was „Demokratie (er)leben“ heißen kann, wie „Demokratielernen“ konkret möglich ist und was unter „Demokratiepädagogik“ verstanden werden kann.

► Erfahrung und Diskussion: Was heißt eigentlich „Demokratie“? Wie kann man Demokratie „erlernen“ und wie habe ich selbst Demokratie „erlernt“?

► Handlungsansätze: An welchen Orten können Demokratie und Demokratielernen stattfinden? Worin bestehen die Potentiale gelebter Demokratie?

► Begriffe: Welche Ebenen von Demokratie gibt es? Was ist demokratische Kultur? Welche Aufgaben hat Demokratiepädagogik?

Demokratielernen muss so früh wie möglich beginnen ... Auseinandersetzung ... Transparenz ... Zusammenleben braucht Werte und Normen ... Einfühlungsvermögen stärken ... Kinder brauchen positiven Input ... Kinder werden von Erwachsenen ernst genommen ... Selbstbewusstsein, die eigene Meinung zu äußern ... nicht manipulieren ... ausprobieren ... eine gemeinsame Sprache finden ... erst alle Argumente anhören, dann entscheiden ... zuhören, respektieren, akzeptieren ... auch Disziplin ... Streitkultur lernen ... Schwere aushalten ... Miteinander ... Fair Play ... Hoffnung ...

► **Demokratielernen bedeutet und setzt voraus, dass Räume geboten werden, in denen Verantwortung übernommen werden kann – in welchen gesellschaftlichen Bereichen auch immer. Verantwortung kann auch (wie es oft geschieht) nicht übernommen bzw. abgegeben werden. Grundsätzlich geht es immer um die Entscheidung, Verantwortung zu übernehmen. Zum Demokratielernen braucht es Anlässe und Orte.**

II. Handlungsansätze

Die eingebrachten Erfahrungen der Teilnehmer/innen zur Frage „Wie kann man Demokratie erlernen und leben?“ werden so geordnet, dass die vielfältigen Möglichkeiten und Handlungsansätze von Demokratielernen als „Orte“ und „Potentiale“ konkret benennbar werden.



1. An welchen Orten können Demokratielerleben und Demokratielernen stattfinden?

Die herausgearbeiteten „Orte“ werden in der Diskussion als Lernorte oder allgemeiner: als Lerngelegenheiten verstanden: Es werden also nicht nur räumliche, sondern auch soziale „Orte“ oder Tätigkeiten genannt – maßgeblich ist dabei immer, dass bzw. wie am jeweiligen „Ort“ Er-

fahrungen gemacht werden können. Demokratielernen und –erleben findet in dem Sinne also statt...

... in Kita oder Hort, wenn wir als Kinder ernst genommen werden...

... wenn Kinder z.B. die Farbe des eigenen Zimmers selbst aussuchen können

... wenn man in der Familie mitentscheiden kann (Hausarbeit, Urlaub...)

... in der Grundschule, zum Beispiel als Klassensprecher

... in der Schule z.B. dadurch, den Spielplatz mitzugestalten oder den Essensanbieter mit auswählen

... in Vereinen

... im sportlichen Wettkampf

... Demokratielernen erfordert von jedem, selbst Vorbild zu sein, auf das eigene und das Verhalten der anderen zu achten

... durch den Clubrat im Jugendclub – hier kann Demokratie im geschützten Raum geprobt werden

... im Jugendstadtrat oder Jugendparlament

... in Freizeiteinrichtungen und in der Feriengestaltung

... man muss sich gegenseitig respektieren, Jugendliche/Jugendgruppen müssen sich z.B. in bestimmten Kontexten „grün“ werden

... durch Wahlen bzw. wählen gehen...

... im Betriebsrat

... wenn man z.B. durch Leserbriefe Diskussionen im Stadtrat beeinflusst

... wenn ich als Betreuer von Behinderten diesen Mitsprache ermöglichen

... in der Stadtratsversammlung oder in Ausschüssen

... in der Bürgerfragestunde

... im Gemeindegemeinderat

... durch Mitgliederversammlungen in Vereinen

... in der Polizei/Feuerwehr

... wenn ich im Bekanntenkreis zur Wahlbeteiligung motivieren

... wenn ich an Demonstrationen und Versammlungen teilnehmen

... wenn ich den Mut habe (wo auch immer) zu sagen, wenn mir etwas nicht passt

... durch Projektarbeit oder auf Veranstaltungen wie dieser (Fachtagung)

2. Worin bestehen die Potentiale von Demokratie-lernen und -erleben?

Lernprozesse im Rahmen von Demokratieerleben müssen einerseits gestaltet werden und erfordern andererseits Offenheit, daher wurde in der Diskussion am Tisch viel Wert auf pädagogische Aspekte und demokratische Einstellungen gelegt. Die folgende Samm-

lung von „Potentialen“, also den Möglichkeiten, die demokratischen Prozessen innewohnen, überschneidet sich zum Teil mit der Benennung der „Orte“ (zum Beispiel „Vorbild sein“) – denn viele (sozialen) „Orte“ sind zugleich Potentiale...

... die Meinungen anderer hören – nicht vorgeben, sondern fragen: was wollt ihr?

... Reflexion über die Frage: wo handele ich demokratisch?

... überlegen, wie man faire Lösungen finden kann

... Ideen vorgeben – Lob/Anerkennung äußern – Alternativen aufzeigen

... bewusst machen, dass sich das Kämpfen für Demokratie lohnt

... sich selbst Gedanken machen, sich trauen, kreativ sein, lernen

... Potentiale liegen generell in der Art und Weise des Umgangs miteinander

... in der Art und Weise, wie Angebote gestaltet werden

demokratische Einstellungen entwickeln

· pädagogische Begleitung

· pädagogische Macht aber nicht ausnutzen

· gleiche Augenhöhe in pädagogischen Beziehungen

· als Pädagoge Teilhabe zu

lassen

... Persönlichkeit des Pädagogen

... Vorbild sein

... Identifikation mit den eigenen Lebenszusammenhängen

... die Grenze zum Mitmachen sollte niedriger sein

... konstruktive Auseinandersetzungen führen

... Raum für Selbstregulierung

... ich kann etwas verändern!

... „weil der Weg hart ist, kann man stolz sein“

... Gerechtigkeit

... Gemeinschaft entwickeln; Gemeinschaftsgefühl

... in Kommunikation bleiben

... jeder Mensch ist Potential!

3. Wie lassen sich an bestimmten Orten bestimmte Potentiale nutzen? Zum Beispiel...

An einigen Beispielen wurde thematisiert, wie an bestimmten „Orten“, z.B. in bestimmten Bildungseinrichtungen oder demokratischen Institutionen, schon durch die Zusammensetzung oder die Art des Zusammenkommens „Potentiale“ entfaltet werden...

Orte	Portenziale
Jugendparlamente Schule/Kita Vereine Parlamente Familie Außerschulische Freizeitgestaltung Sport	Lernfeld engagierter Jugendliche Interessenfindung, Wertschätzung Zusammensetzung der Mitwirkenden Austausch über Freiheiten/Mitgestaltung möglichst demokratische Mitgestaltung gemeinsam auf Augenhöhe Teamgeist

III. Begriffe

Zur Einordnung des Austauschs über Demokratie und zum Verständnis des Demokratiebegriffs wurden noch einige Begriffe geklärt.¹

► *Welche Ebenen von Demokratie sind zu unterscheiden...?*

Demokratie als Lebensform ist das „Ideal der Demokratie“. Demokratie wird unmittelbar im Zusammenleben der Menschen praktiziert und erfahren. Auf dieser lebensweltlich unmittelbarsten Ebene von Demokratie geht es um Einstellungen von Menschen, um demokratische Kommunikation.

Demokratie als Gesellschaftsform

Welche Regeln und Strukturen geben sich gesellschaftliche Gruppen und Zusammenhänge? Hier

1 Die hier wiedergegebenen Begriffsdefinitionen entsprechen nicht wörtlich denen des Moderators, sondern wurden im Rahmen der Dokumentation von IBiZ e.V. formuliert.

geht es noch nicht um gesetzlich verfasste Grundsätze, sondern um gelebte Formen gesellschaftlicher Demokratie.

Demokratie als Herrschaftsform

Auf dieser Ebene ist Demokratie direkt mit der jeweiligen Staatsform verbunden. Wie sehen die Formen und Strukturen politischer Herrschaft aus? Wie sieht das Rechtssystem einer Gesellschaft aus, was sind ihre Verfassungsgrundsätze? (z.B. Gewaltenteilung, Pluralismus u.a.)

Demokratische Kultur bezeichnet die Gesamtatmosphäre und Qualität demokratischer Entwicklung in einer Gesellschaft.

Demokratiepädagogik, als wissenschaftliche Disziplin seit ca. 10 Jahren verankert, erforscht Fragen des Demokratielernens und der Demokratie als Lebensform. Demokratiepädago-

gik umfasst pädagogische, schulische als auch außerschulische Aktivitäten zur Förderung von Kompetenzen, die Menschen benötigen, um an Demokratie als Lebensform teilzuhaben und diese aktiv in Gemeinschaft mit anderen Menschen zu gestalten; um sich für Demokratie als Gesellschaftsform zu engagieren und sie durch partizipatives Engagement in lokalen und globalen Kontexten mit zu gestalten; um Demokratie als Regierungsform durch aufgeklärte Urteilsbildung und Entscheidungsfindung zu erhalten und weiter zu entwickeln.

► *Stimmen von Teilnehmer/innen zu den verschiedenen Ebenen von Demokratie: „Demokratie muss noch erfunden werden.“*

„Direkte Demokratie muss in unsere Staatsform eingebaut werden.“



Fazit...

- ▶ Jeder Mensch ist Potential!
- ▶ Demokratie ist ein nicht endender Prozess.
- ▶ Demokratie erleben braucht Räume. Diese Räume müssen bereitgestellt oder „errungen“ werden.
- ▶ Demokratielernen braucht pädagogische Begleitung auf Augenhöhe und ohne Machtmissbrauch – Pädagogen brauchen Persönlichkeit.
- ▶ Bei Demokratielernen gibt es kein „zu früh“ – es kann schon in Kita und Grundschule beginnen.
- ▶ In der Demokratie als Lebensform geht es um jede/n Einzelne/n.
- ▶ Auf der Basis von Achtung, Wertschätzung und Respekt in den Beziehungen und einer gleichberechtigten Kommunikation kann in vielfältigen Lebensbereichen Demokratie verwirklicht werden.
- ▶ Verschiedene Orte (Bildungseinrichtungen, Freizeitstätten, Institutionen) bieten und entfalten verschiedenste Potentiale von Demokratielernen.

World-Café-Tisch 3: Bürgerinitiativen als Triebkraft lokaler Demokratie

Moderation: Inya-Tinko Rabold, Jugendreferent der Stadt Borna



1. Die IDZ in Borna

Der Moderator führt in das Thema ein, erzählt von seinen Erfahrungen und fragt nach Erfahrungswerten der Teilnehmenden. Als Beispiel dient ein Bürger/innen-Netzwerk in Borna: 2001 als „Initiative gegen Rechts“ gegründet, nennt sie sich heute „Initiative für Demokratie und Zivilcourage“ (IDZ) und blickt auf eine gelungene Vernetzung und eine erfolgreiche Arbeit zurück. Wir dokumentieren dieses außerhalb des Landkreises Nordsachsen gelegene Beispiel, da es am Arbeitstisch die Diskussi-

onsgrundlage bildete.

Der Aufruf zur damaligen „Initiative gegen Rechts“ und ihre Gründung ging zuerst von jungen Menschen aus, die dieses Thema vor Ort aktiv benannten und die Stadt „nötigten“, etwas zu unternehmen. Im zweiten Schritt lud die Stadt Borna alle wichtigen Parteien und Gruppen ein – hieraus entstand die jetzige Bürgerinitiative. Beteiligt waren/sind die Stadt (Jugend- & Kulturamt), Schulen, die Kirche, Vereine und Netzwerke (z.B. Bon Courage, Jugendparlament Bor-

na, Kulturbüro Sachsen), Vertreter/innen des Landtags, verschiedene Vertreter/innen des Stadtrates, sowie der Kreisjugendring (KJR) und die Polizei.

Was sind die Kennzeichen dieser Bürgerinitiative?

Die Teilnahme ist freiwillig, d.h. es gibt keinen Mitgliedschafts-Zwang. Dies ist auch ihr größter Vorteil – im Rahmen dieser Vernetzung ohne Zwang ist die punktuelle Umsetzung und Unterstützung einzelner Projekte möglich.

Die Aufgaben des Netzwerks liegen im Austausch, in der Prävention rechter Gewalt, in der Organisation zivilgesellschaftlicher Aktionen und Reaktionen z.B. auf Nazi-Demos. Es werden aber auch Stolpersteine geputzt, Fortbildungen organisiert u.a.

Das Grundthema besteht im Engagement für Demokratie und Zivilcourage, auch Reaktion auf Vorfälle und demokratiefeindliche Aktionen vor Ort und im Umland ist das Ziel. Wesentlich sind das Netzwerk und der damit verbundene Austausch (auch mit professionellem Kontext). Das Netzwerk ist so gut „ausgebaut“, dass es möglich ist,

sich binnen 48 Stunden zu mobilisieren, zum Beispiel um (rechten) Demos entgegenzuwirken. Nachteil: Nicht vernetzte Bürger/innen (als Einzelengagierte) sind nur bedingt involviert.

2. Offener Austausch und Diskussion

Der folgende Austausch der Teilnehmer/innen und ihre Diskussion über ihre Erfahrungen mit zivilgesellschaftlichen Bürgerinitiativen orientieren sich an Problemen und Fragestellungen, die bei vergleichbaren Initiativen und Engagements auftraten. Leitfragen sind hier:

Was ist möglich – welche Ideen gibt es?

Wie kann Engagement erreicht werden?

Wo liegen Grenzen und Probleme?

Ein Teilnehmer nennt die Problematik, dass ein „Bündnis gegen Rechts“ in „Bündnis gegen Extremismus“ umbenannt werden musste, da es der Stigmatisierung ausgesetzt war. In der Öffentlichkeit herrschte das Bild vor, dass jeder, der „gegen Rechts“ ist, auch linksradikal sei. Eine „linke Szene“ (mit der sozusagen die Aktivität „gegen Rechts“

identifiziert werden könnte) sei in Borna aber gar nicht (mehr) vorhanden.

Der Begriff „Bürgerinitiative“ stellt sich als diskussionswürdig heraus. So wird etwa mit Blick auf das Bornaer Beispiel die Einschätzung vertreten, eine wirkliche Bürgerinitiative“ sei etwas anderes – sie zeichne sich dadurch aus, dass Bürger selbst die Initiative ergreifen. Aktive Bürger bzw. Bürgernetzwerke müssten keine feste Gruppen (mit regelmäßigen Treffen und Aktivitäten) sein, sondern es können Zusammenschlüsse sein, die dann aktiv werden, „wenn’s brennt“. Generell wird die Schwierigkeit thematisiert, Leute zu erreichen (und als Aktive zu gewinnen), die nicht betroffen sind oder sich von einer Problematik nicht betroffen fühlen.

3. Beispiel 2: Aktion gegen Nazi-Aufkleber

Ein Schulsozialarbeiter berichtet von einer Aktion in Eilenburg im Jahr 2009: Er hatte mit Kollegen und Schüler/innen ein Projekt ins Leben gerufen, dessen Ziel es war, im Rahmen einer „Reinigungsaktion“ Aufkleber mit rechten Inhalten aus dem Stadtbild zu entfernen. Diese Aktion

Das Thema dieses Tisches waren Bürgerinitiativen, ihre Möglichkeiten und Grenzen als „Triebkraft lokaler Demokratie“, insbesondere in der Auseinandersetzung mit lokalen Aktivitäten von Rechten/Rechtsextremisten.

▶ Erfahrungen: Was sind die Anlässe von Bürgerinitiativen? Welche Erfahrungen liegen vor? Wer sind ihre Träger und Akteure? Worin liegen ihre Probleme und Herausforderungen?

▶ Handlungsansätze: „Was wollen wir?“ – „Wie wollen wir?“ – „Wen wollen wir?“ Was sind positive Inhalte von Bürgerinitiativen, die nicht nur „gegen“ etwas sein wollen? Wie können zivilgesellschaftliche Netzwerke agieren? An wen können sie sich richten?

► Eine **Bürgerinitiative** ist eine anlassbezogene Arbeit. Nährboden einer solchen Initiative ist der Umstand, dass Bürger das Gefühl haben, dass zu einer Problematik zu wenig getan wird. Bürgerinitiativen entstehen also zumeist aus direkter Betroffenheit, eine solche Betroffenheitsbeteiligung stellt die größte Motivation dar. Initiativen richten sich z.B. gegen Fluglärm, Umweltprobleme oder Verkehrsprojekte (bundesweit bekannt:

„Stuttgart21“), gegen Schulschließungen, Straßenausbau etc. Weiteres Beispiel: In Borna entsteht zurzeit eine Bürgerinitiative, die sich gegen einen Verein wendet, der den offenen Vollzug praktiziert. Die Inhalte von Bürgerinitiativen sind z.T. selbst diskussionswürdig. Aktivitäten stehen und fallen mit der Aktivität der Initiatoren; Unterschriften sind schnell gesammelt, entscheidend dagegen sind die Folgeaktivitäten der Initiatoren. Bürgerinitiativen fehlt häufig die Nachhaltigkeit.

► *Es besteht ein großer Unterschied zwischen gesellschaftspolitischem (Alltags-) Engagement und akuten Betroffenheits- oder „Notfall“-Initiativen.* Zu langfristigem Engagement kann z.B. eine Vereinsgründung beitragen, die sich die Förderung gesellschaftlicher Partizipation zum Ziel setzt und z.B. durch Vorträge, Feste, Bildungsveranstaltungen kulturelle Vielfalt fördert.

erhielt Unterstützung vom Ordnungsamt. Aufgrund der Ankündigung von Rechten, eine mit Vandalismus verbundene Gegenaktion durchzuführen, erhielt die Reinigungsaktion Polizeischutz. Es beteiligten sich Schüler/innen, Eltern und Senioren, somit kann von einer von der Bürgerschaft getragenen Aktion gesprochen werden.

Die Aktion wurde medienwirksam: Es gelang, durch das Presseecho die Problematik in die Öffentlichkeit zu tragen. Leider war jedoch eine Fortsetzung bzw. Wiederholung der Aktion nicht möglich, da dies seitens der Stadt nicht auf Unterstützung stieß.

4. Beispiel 3: Langfristiges Netzwerk gegen rechte Demonstrationen

Berichtet wird von einer nachhaltig erfolgreichen Aktion in Nordsachsen:

Ausgangspunkt war eine NPD-Kundgebung in Torgau, „ElbeDay 2010“. Daraufhin versammelte sich eine 35 Bürger umfassende Gruppe in der Kirche, um etwas gegen die Demonstration zu tun – und zwar mit Erfolg. Im Anschluss an die Aktion wollten zahlreiche Personen die Arbeit

fortsetzen, so kam es zu einer Reihe von Treffen. Künftige Strategie: eine Demonstrations- bzw. Veranstaltungsanmeldung für den entsprechenden Tag immer schon im Jahr zuvor zu sichern, um den Termin für rechte Veranstaltungen zu blockieren. Etwa ein halbes Jahr vor diesem Termin findet dann ein Treffen der Initiatoren statt, um zu beraten, was konkret stattfinden soll, z.B. eine Demo, eine Mahnwache, ein Stadtfest, ein Infostand. Dies wird dann entsprechend vorbereitet und die Menschen, die Teilnahmebereitschaft signalisiert hatten, werden dann zur konkreten Organisation bzw. zu dem Termin eingeladen. Der Kern der Initiative ist geschlossen, damit keine „Maulwürfe“ hineinkommen. Für die Umsetzung existiert jedoch eine größere Gruppe, an der sich jeder Interessent beteiligen kann. Zu Beginn dieser Initiative wurden auch grundlegende Fragen besprochen – sind wir „für“ oder „gegen“ etwas? („gegen Rechts“ oder „für Demokratie“?) Ein wesentliches Problem besteht darin, Bündnispartner für eine Zusammenarbeit zu gewinnen.

5. Wie erreicht man enga-

gierte Bürger..? Wie würde ich mich für eine Bürgerinitiative ansprechen lassen?

Beispiel: In Schkeuditz gibt es immer wieder „Wellen“ von Rechtsextremismus. Wie erreicht man Eltern?

► *Idee: Über den Elternrat, denn darin sind meist motivierte Eltern aktiv; engagierte Lehrer/innen sollten einbezogen werden.*

Berichte aus Schkeuditz, Taucha, Oschatz und (außerhalb Nordsachsens) Geithain bestätigen die Einschätzung, dass Bürger/inneninitiativen gegen Rechts in besonderer Weise „kurzfristig“ sind: Es entstehen z.B. Initiativen gegen Nazi-Demos. Aus Zeitmangel oder mangels eines „langen Atems“ kommt es aber nicht zu kontinuierlichen Treffen. Wenn aber etwas passieren würde – so die allgemeine Einschätzung – wären diese bestehenden Netzwerke auch wieder schnell zu aktivieren. Andererseits kommt es auch vor, dass auf rechte Aktivitäten in einer Stadt gar nicht reagiert wird.

Eine Vertreterin der Linken berichtet, dass eine „Einmischung“ der Partei nicht per se gewünscht wird – erst recht nicht als Initiator

von Aktivitäten. Es ist (auch für Parteien) schwierig, an Bürger/innen heranzukommen. Wenn es zu Ereignissen und Entwicklungen kommt, die die Leute betreffen, sind sie schnell bereit zum Handeln, es entstehen Betroffenheitsinitiativen (siehe oben).

Fazit...

► Erfahrungen:

Bürgerinitiativen haben in den allermeisten Fällen reaktiven Charakter: Sie entstehen, „wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist“ und sind oft nur von kurzer Dauer. Es gibt erfolgreiche Initiativen und Netzwerke, die sich nicht nur „gegen“ etwas richten, sondern positive Ziele wie Demokratie, Zivilcourage, Mitbestimmung formulieren und damit nach außen wirken. Einzelengagement ist wichtig! Alles steht und fällt mit dem Engagement von Einzelpersonen, also mit „handelnden Menschen“.

► Handlungsansätze:

Netzwerke haben großes Potential und bringen vielseitiges Engagement zusammen. Parteien hegen Unterstützung für Bürgerinitiativen – und diese Unterstützung ist auch gewollt, nur nicht eine Initiatorrolle von Parteien. Weiterbildung für Bürger/innen kann viel bewirken. Es ist wichtig, etwas Positives bewegen zu wollen: also FÜR etwas zu sein! Um Initiativen auf Dauer zu stellen, brauchen sie immer wieder auch öffentliche Anerkennung und Unterstützung.

World-Café-Tisch 4: Demokratie lebt – Demokratie versteckt sich... Zivilcourage in Nordsachsen

Moderation: Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen e.V. (RAA), Mobiles Beratungsteam (MBT) Sachsen/Regionalbüro Nordwest



Das Kulturbüro Sachsen e.V. und die Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Sachsen e.V. sind wichtige Anlaufstellen, wenn es um die Solidarität mit Betroffenen von rechtsmotivierter Gewalt und um die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit geht. Beide Initiativen stehen als Ansprechpartner zur Verfügung. Die Arbeitsbereiche der Beratungsstellen in Leipzig, Dresden und Chemnitz sind:

Beratung, Betreuung und Begleitung von Betroffenen, Zeugen, Freunden und Familienangehörigen, sowie Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung für die Situation der Betroffenen, Chronik und Statistik, Netzwerkarbeit und Prävention.

Als Beispiel und Grundlage des Austauschs im World-Café dient die Darstellung einer mobilen Beratung für Demokratieentwicklung im ländlichen Raum – das Beispiel der Gemeinde Waldsee.

▶ *Anlass der Beratung: Ka-*

meradschaft im selbstverwalteten Jugendklub

▶ *Beratungsinhalte: Konzeptionelle Beratung in Bezug auf die Beratungsarbeit und Sensibilisierung zu rechtsextremen Strukturen / Erscheinungen in der Gemeinde und deren Bedeutung*

▶ *Beratungsergebnisse: Herstellung einer zumindest partiellen und zeitlich vorübergehenden Öffentlichkeit zum Thema Rechtsextremismus und Akzeptanz von Verantwortlichkeit in den politischen Gremien der Gemeinde für Jugendarbeit als politisches Problem*

1. Bürgerliches Engagement – Wie gemeinsam demokratisch agieren?

Dies war die Kernfrage im Austausch und der Diskussion in den drei Runden des World-Cafés. Leitende Fragen waren dabei:

Wer übernimmt Verantwortung – was sind die Bedingungen dafür?

Worin bestehen Schwierigkeiten und Widersprüche zivilgesellschaftlichen Engagements?

Was sind Gründe für fehlen-

Fördernde und Hemmende Faktoren im Beratungsprozess (→ Bündnisse / Initiativen)



Thema dieses Tisches waren der „Aufstand der Anständigen“ und der „Aufstand der Zuständigen“. Es ging um die Schwierigkeiten und Herausforderungen bürgerschaftlichen Engagements mit demokratisierender Perspektive im (ländlichen) kommunalen Raum, insbesondere vor dem Hintergrund rechter Strukturen und Bedrohungen sowie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit insgesamt.

des bürgerschaftliches Engagement bzw. hinderliche Faktoren?

Wie sehen Bedingungen und positive Beispiele für Engagement aus?

In der Diskussion tauchten zahlreiche Stränge und Einzelaspekte auf. Wichtigstes Resultat war die Unterscheidung zwischen fördernden und hemmenden Faktoren im Prozess der Beratung zivilgesellschaftlich aktiver Bündnissen und Initiativen.

Die Moderation weist mit Blick auf die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland darauf hin, dass es nicht reicht, dass der Staat (seit 1949) demokratisch verfasst ist, sondern dass für die Umsetzung der demokratischen Rechte der Bürger auch ein Raum gegeben sein muss, der Beteiligung, Respekt etc. ermög-

licht. Im Folgenden werden einige wesentliche Aspekte des offenen Austauschs in den einzelnen Runden des World-Cafés gesammelt.

Ein grundlegender Faktor wirksamen Handelns ist, dass ein effektiver Austausch und eine klare Verständigung der Akteure über eine Problematik zustande kommen. Das Ziel ist Netzwerkarbeit mit breiter Beteiligung, denn eine Kommune oder Verwaltung kann bestimmte Normen oder Vorstellungen des Zusammenlebens nicht alleine qua Gesetze realisieren. Grundsätzlicher Konflikt:

Soll eine Stadt/Kommune prinzipiell öffentliche Räume anbieten für politische Veranstaltungen?

„Dann muss man auch der NPD Räume bieten“, wird eingewendet. Dadurch „hebelt sich die Demokratie selbst aus“, lautet eine Befürchtung.

▶ **Erfahrungen:** Wie wird die Situation vor Ort eingeschätzt? Wer übernimmt Verantwortung? Welche Faktoren behindern bürgerschaftliches Engagement?

▶ **Handlungsansätze:** Wie kann es uns gelingen, Menschen zu ermutigen, sich aktiv einzubringen? Welche Faktoren fördern Netzwerkarbeit? Wie können Jugendliche motiviert und eingebunden werden? Wie sieht die Rolle der Polizei aus?

2. Rechtsextremismus und Jugendarbeit

Auch wenn es um ein Konzert in einem Jugendclub geht, das zum Anlass des Eingreifens wird, so ist Rechtsextremismus kein „Jugendproblem“. Daher trägt z.B. auch nicht ein Jugendleiter alleine die Verantwortung.

In der alltäglichen Arbeit mit Jugendlichen besteht eine Spannung zwischen der Einbeziehung und Aktivierung von Jugendlichen in Form eines „Inputs“ einerseits – dessen Wirkung dann nur von kurzfristiger Dauer ist – und der Etablierung langfristig wirksamer, kontinuierlicher Beteiligungsprozesse andererseits. Ist eine kurzfristige Aktivierung schon eine Befähigung zur demokratischen Mitbestimmung?

Grundsätzlich wird die Frage aufgeworfen: Wie komme ich in Kommunikation mit Jugendlichen und wie können Jugendliche mit ihrem Engagement real Einfluss nehmen? These: Die Grundbereitschaft der Jugendlichen sich zu engagieren ist vorhanden. Es stellt sich aber Frage der Belohnung und Anerkennung des Engagements (siehe auch die Diskussion an den Ti-

schen „Bürgerinitiativen als Triebkraft lokaler Demokratie“ und „Mut vor Ort“).

Für die Jugendarbeit werden eine verstärkte Zusammenarbeit von Jugendhilfeträgern und Polizei sowie eine Sensibilisierung beider Seiten gefordert.

Bei der Kernfrage „Wer übernimmt Verantwortung?“ ist besonders das Bedürfnis nach Anerkennung und Wertschätzung zu berücksichtigen. Jugendliche engagieren sich nur in für sie (attraktiven) sinnvollen Zusammenhängen und fragen z.B.: „Was habe ich selbst davon? Sind Angebote oder Strukturen nicht ansprechend, bleiben potentielle Engagierte fern, deshalb muss darüber nachgedacht werden, wie Engagement belohnt werden kann, z.B. vergünstigte Mitgliedschaft in Vereinen

oder andere Formen der „Entlohnung“?

Um die Identifikation Jugendlicher mit Demokratie und Pluralismus zu schaffen, sollte an sozialen bzw. Kommunikationsformen angeknüpft werden, mit denen sie sich identifizieren, z.B. Arbeit mit social networks.

3. Welche Rolle wird der Polizei zgedacht?

Wie auch am Tisch „Mut vor Ort“, wird an dieser Stelle die Problematik des polizeilichen Handelns (z.B. gegenüber rechtsorientierten Jugendlichen), die Frage der Wahrnehmung und auch Kritik der Polizei seitens der Öffentlichkeit anlässlich polizeilicher Maßnahmen bei rechten/rechtsextremen Demonstrationen diskutiert.

Welche Rolle wird der Polizei aufgegeben bzw. zu-



geschrieben? Welche Rolle spielt sie in der Demokratie, in politisch-gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wie insbesondere der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus?

These: Der Polizei (wie auch der Verwaltung) wird eine besondere Verantwortung zugeschrieben. Wofür – und wie ist hier das Verhältnis zur Zivilgesellschaft? Die Haupte Erwartung an die Polizei lautet, zur Garantieung von Sicherheit mehr Präsenz im öffentlichen Raum zu zeigen – gleichzeitig aber besteht eine gewisse gesellschaftliche Angst vor einem Polizeistaat – dieser Widerspruch zeigt sich immer wieder. Zum Teil wird auch eine vermehrte Polizeipräsenz an Schulen gefordert.

Die Polizei soll gegen Kleinkriminalität vorgehen – das tut sie nach ihrem Selbstverständnis auch durch ihre Präsenz bei Demonstrationen. Dennoch führen Polizeieinsätze anlässlich von rechten Demonstrationen sowie bei Gegendemonstrationen häufig zur Diskreditierung der Polizei in Öffentlichkeit und Medien (siehe hierzu die Diskussion am Tisch „Mut vor Ort“).

Im Zusammenhang mit

rechter Gewalt, so die Erfahrung aus der Arbeit mit Betroffenen, sollte die Polizei den Geschädigten von Gewalt mehr Sensibilität entgegenbringen. Hierzu gehört auch die klare Benennung entsprechender Taten als rechtsextrem motiviert. Die Opfer erwarten sowohl Ermittlung als auch Solidarität – auch etwa durch Politiker/innen. Mangelndes Vertrauen kann abgebaut werden, so einige Teilnehmerstimmen, wenn der Polizeibeamte als „Bürgerpolizist“ auftritt und damit hilft, Vorurteile abzubauen. Auch wird eine mögliche Dezentralisierung von Polizeirevieren ins Gespräch gebracht.

Fazit...

► Erfahrungen:

In der Abschlussrunde wird deutlich, dass eine Skepsis besteht, ob es überhaupt noch Motivation zu zivilgesellschaftlichem Engagement gibt oder ob nicht Gleichgültigkeit und die individuellen Egoismen überwiegen: „Es fehlen die Bürger, die sich engagieren. Wer übernimmt überhaupt Verantwortung?“ Bisher fehlt es noch oft an Anerkennung für Engagement. Viele Ansätze und Aktivitäten bleiben kurzlebig, sind noch nicht auf Dauer angelegt. Von Gewalt Betroffene wünschen sich mehr Sensibilität und Solidarität.

► Aufgaben/Handlungsansätze:

Eine stärkere Sensibilisierung gegenüber Betroffenen von Diskriminierung oder Gewalt sowie eine Verbesserung der Zusammenarbeit in Netzwerken sind Hauptziele. Das Wesentliche der zivilgesellschaftlichen Netzwerkarbeit ist gegenseitige Akzeptanz, Kommunikations- Kritik- und Kompromissfähigkeit der Beteiligten. Ein wichtiger Erfolgsfaktor von Netzwerkarbeit ist die Anerkennung durch Kommune, Bürgermeister, Öffentlichkeit. Auch und gerade Jugendliche brauchen Anerkennung. Da der Verwaltung und der Polizei eine besondere Verantwortung zugeschrieben wird, müssen sie in den Bereichen Sicherheit, Solidarität, Opferschutz eine besondere Glaubwürdigkeit innehaben. Ein Ausbau der Kooperation von Jugendhilfeträgern und Polizei, mehr Bürgernähe der Polizei sowie vermehrte Aufklärung können die Ausgangssituation verbessern. Wünschenswert sind z.B. Präventionsveranstaltungen, die bestimmte Konflikte oder Konfliktlösungsstrategien vorwegnehmen, etwa in Form von Planspielen. Um die Identifikation und Aktivitätsbereitschaft von Jugendlichen zu stärken, müssen Strukturen attraktiv sein und Engagement muss belohnt werden. Jugendliche können am besten über moderne Medien, Internet, soziale Netzwerke etc. erreicht werden.

► Was brauchen die Akteure von Netzwerken...?
Sie brauchen sich gegenseitig!!

World-Café-Tisch 5: Mut vor Ort. Arbeit mit Rechten, Jungen und Mädchen. Ein geschlechterreflektierender Ansatz

Moderation: Peter Bienwald und Karola Jaruczewska, Modellprojekt „Mut vor Ort“, AGJF Sachsen e.V.



Den Einstieg in die drei Runden des World-Cafés bildet das Ansehen von Fotos und Abbildungen zum Themenfeld (Neo-)Nazismus und Geschlecht, darunter Fotos von Jugendlichen mit Symbolen rechter (Jugend-) Kultur oder Abbildungen klischeehaft übersteigter „Männlichkeit“.

Die Teilnehmer stellen sich vor und tauschen sich darüber aus, welche Darstellung für sie am deutlichsten den Geschlechteraspekt des Rechtsextremismus abbildet. Einige Teilnehmerstimmen, Erfahrungen und Fragen:

„Geschlechterrollen sind in neonazistischen Strukturen klar festgelegt“; „rechts fin-

det im Kopf statt“; Das rechte Bild von „Männlichkeit“ ist ein Bild von „gestählter“ Männlichkeit; Fußball und Rechtsextremismus ist ein einschlägiges Thema, da Fußball ein „typischer Männersport“ ist. Es gab und gibt Ansätze der „neuen nationalistischen Frauen“ bzw. einer „Frauenpower von rechts“ – von Emanzipation kann angesichts der traditionellen und autoritären Geschlechterbilder in rechten Strukturen aber nicht die Rede sein.

Gibt es in neonazistischen Strukturen Schwule?

Inwieweit Homosexuelle (Männer) in rechten Struk-

turen akzeptiert werden, hängt vor allem von ihrem Rang oder Status (z.B. als Funktionäre) ab, so der Moderator.

Wie hat überhaupt Sexualität als „privates Thema“ mit der Demokratiethematik zu tun?

Hinter bestimmten Phänomenen, Kokettieren mit NS-Symbolik u.ä., steckt Provokation, aber auch (unbewusst oder bewusst) rechte Gesinnung. Rechtsextremismus kann als „sexy“ wahrgenommen werden – gut aussehen (Weiblichkeit ausleben) und provozieren.

Einen wichtigen Teil der Diskussion bildete die Frage, in welcher Form rechte Orientierungen im Alltag von Jugendlichen anzutreffen sind und sich in Gruppen äußern.

I. Erfahrungen

Was ist „rechts“, und was hat das mit Geschlechterbildern zu tun?

1. „Rechte“ Gruppenbildung: Wie funktioniert sie?

Identifikation über Kleidung (z.B. T-Shirts, einschlägige Marken). Gerade im Sportbereich sollten El-

Ist Neonazismus ein männliches Problem?

• „rechtsextrem“ motivierte Gewalttaten begehen nahezu ausschließlich Männer

• etwa ¾ der Funktionsträger_innen in „rechtsextremen“ Parteien sind Männer

• **Aber:** Orientierungsmuster verteilen sich paritätisch



Bezogen auf Geschlecht:

- konventionelle Vorstellungen vom Geschlechterverhältnis
- Ungleichheitsannahmen und Hierarchievorstellungen

Frauen in der Neonazi-Subkultur



- ▶ Mutter und treue Gefährtin – Tradition gibt Sicherheit
- ▶ Rolle als politische Akteurin – scheinbare Emanzipation
- ▶ Frauen nutzen bürgerliche Andockstellen
- ▶ Attraktivität: Angebot für gesellschaftspolitische Orientierung und individuelle Lebensperspektive

Männlichkeiten und Neonazismus

- Konstruieren einer ethnisch homogenen Volksgemeinschaft mit traditionellen Geschlechterrollen
- Lobpreisen von Körperkraft, Arbeit, Schmerzresistenz und Opferbereitschaft
- Glauben an eine „männliche Kraft“, sich aus Krisen (Familie, Lebensplanung) selbst zu befreien
- Analysieren von „fremden“ Männlichkeiten als Bedrohung
- Abwerten „fremder“ Männlichkeiten
- Prophezeien einer Apokalypse („Volkstod“)
- > Überlegenheit ist Anforderungen und Versprechen von Männlichkeit und Neonazismus



Folgen dieser Annahmen

- Feminismus und gender mainstreaming sind Feindbilder
- Homosexualität ist ein Feindbild
- Abwertungsprozesse geschehen über „Entmännlichung“ – Betonung eigener Männlichkeit
- ▶ Identifikation in der neonazistischen Szene als „rechter Mann“ und „rechte Frau“

Quelle: Mut vor Ort. Arbeit mit Rechten, Jungen und Mädchen. Ein geschlechterreflektierender Ansatz. Enrico Glaser, Karola Jaruczewski, Peter Bienwald (Präsentation Eilenburg, Auszüge).

tern und Trainer besonders auf die Erscheinung von Jugendlichen achten. Um hier die Wahrnehmungs-Kompetenz zu steigern, können Angebote z.B. der (fachbereichsübergreifenden) modularen Weiterbildung genutzt werden (Kreis-sportbund Nordsachsen). Das Selbstbild spielt eine wichtige Rolle: In rechten Subkulturen bzw. in der rechten Szene halten sich die Jugendlichen selbst für „rechts“. Identifikation über Meinung: Rechtsorientierte Mädchen haben z.B. durchaus ihre eigene Meinung, wollen aber oft zur Gruppe gehören und zeigen entsprechend sozialkonformes Verhalten – innerhalb einer Gruppe reden sie z.T. anders als sie persönlich denken. Ist dies aber wirklich kennzeichnend für Mädchen?

Jugendlichen äußern Kritik an sozialer Ungleichheit (Niedriglohn, Hartz IV), sagen aber: „Ich bin aber kein Nazi“. Oft haben rechts orientierte Jugendliche nur Teilbereiche rechtsextremistischer Ideologie verinnerlicht, so dass in ihren Überzeugungen Widersprüche oder auch Indifferenzen auftreten. Es herrscht große Heterogenität: Es gibt z.B. innerhalb der rechten

Szene ganz verschiedene Musikpräferenzen; ebenso gibt es z.B. auch Rechtsextreme, die sich als Christen bezeichnen.

Der kleinste gemeinsame Nenner von Rechtsextremen, so unterschiedlich sie auch sind, ist ihr Bekenntnis zum eigenen Volk. Uniformierung, Symbolik, und Mythen sind für Rechte wichtig (was nicht heißt, dass alle gleich aussehen wollen/müssen). Provokation ist ein typisches Merkmal rechten Agierens.

Welche Rolle spielen Geschlechterbilder eigentlich für sich rechts orientierende Jugendliche? Und welche tatsächlichen (sozialen) Unterschiede hängen damit zusammen? Im Austausch der Teilnehmer konnten einige wesentliche Aspekte benannt werden.

2. Geschlechtsspezifische Einstellungen

Jungs wollen z.T. ihr Rollenbild gerade rücken, beweisen, „ein Mann zu sein“. Mädchen sind oft Mitläuferinnen, oft aber auch „mehr“ – viele Mädchen/Frauen in rechten Strukturen machen sich traditionelle Rollenzuschreibungen zueigen. „Rechte“ Mädchen (Kinder, Jugendliche

allgemein) suchen Halt und Orientierung. Mädchen sind häufig mobiler, flexibler als Jungen, haben bessere Berufschancen. Geschlechtervorstellungen hängen offenbar mit dem Bildungsniveau zusammen – Gymnasiast/innen sind eher auf Gleichberechtigung aus, Hauptschüler/innen betonen oft das Bild vom männlichen Familienernährer. Mangelnde gesellschaftliche und wirtschaftliche Integration von Jugendlichen: Was kann man ihnen angesichts wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit bieten?

3. Rechte, Linke und die Polizei

Wie soll die Polizei mit rechten Jugendlichen (und mit Gegendemonstranten) umgehen? Diese Frage spielt aufgrund häufiger (gewalttätiger) Polarisierungen zwischen Rechts und Links auf Demonstrationen auch aus Polizeisicht eine wichtige Rolle. Daher wird auch dieses nicht unmittelbar mit der Geschlechterthematik verbundene Thema hier dokumentiert, da es relevant im Sinne der Förderung von Verständigung und Demokratie ist.

Aus Polizeisicht entsteht in

Thema dieses Tisches sind geschlechtsspezifische Aspekte der „Rechtsorientierung“ von Jugendlichen, zugleich kommen viele allgemeine Fragen im Zusammenhang mit Rechtsextremismus zur Sprache. Dazu gehören die Problematik eines angemessenen Umgangs mit „rechten Jugendlichen“ und eine Diskussion der Rolle der Polizei.

► Erfahrungen: Was ist eigentlich „rechts“ – und was hat das mit Geschlechterbildern zu tun? Wie funktioniert („rechte“) Gruppenbildung? Rechte, Linke und die Polizei

► Aufgaben und Handlungsansätze: Wie sind Grenzen gegenüber rechten Jugendlichen zu ziehen? Wie können rechte Orientierungen und Identifikationen in Frage gestellt werden?

► Was brauchen wir dafür? Um diesen geschlechterreflektierenden Ansatz zu verankern, bietet das Modellprojekts „Mut vor Ort“ eine sachsenweite Kooperation mit 4 – 6 Standorten bzw. Projekten an, in deren Rahmen eine intensive Begleitung u.a. durch Fortbildungen geleistet wird.

der Öffentlichkeit oft das Bild: „Ihr seid zu nett zu denen“ (gemeint sind „die Rechten“, z.B. anlässlich von Demos). Aus der Perspektive von Gegendemonstranten wirke das Vorgehen der Polizei „rechtenfreundlich“. Dies ist die Erfahrung eines anwesenden Polizeivertreters. Da es aber die Aufgabe der Polizei sei, im Rechtsstaat das Demonstrationsrecht als solches zu gewährleisten (Ausnahme: begründete Verbote), entstehe dieses genannte Feindbild durch den Polizeiauftrag selbst.

Der Polizeivertreter sucht Wege der Verständigung, damit sich die Konfliktparteien (etwa Aktivisten gegen Rechts einerseits, die Polizei andererseits) jenseits von Konfliktsituationen kennenlernen und die Perspektive des anderen wahrnehmen. Anknüpfend daran wird kritisch eingewendet, dass manche Polizeichefs aber auch auf Volksfesten mit einschlägigen Rechten gern „ein Bier trinken“.

Eine Ursache des aus Sicht des Polizeivertreters verzerrten Bildes von der Polizei liegt darin, dass eine Diskrepanz zwischen der Rechtslage, die ein polizeiliches Eingreifen z.B. bei

rechten Demos in bestimmten Fällen nicht legitimiert, und der Erwartungshaltung der Gegner der Rechtsextremen besteht: Nichteingreifen, so die Polizei, habe rechtliche Gründe und liege nicht an vermeintlicher Sympathie mit den Rechten.

Jugendliche erwarten von der Polizei besonders, fair behandelt zu werden, d.h. eine Verhältnismäßigkeit der Mittel, aber auch Grenzen. Die Polizei kann aber keine Sozialarbeit ersetzen.

II. Handlungsansätze

Ansätze zur Hinterfragen rechter Identifikation von Jugendlichen stehen im Mittelpunkt des Modellprojekts „Mut vor Ort“. In der Diskussion kamen grundsätzliche Möglichkeiten zur Sprache, das Denken (auch das eigene, d.h. der gesellschaftlichen „Normalität“ zugeordnete) zu hinterfragen.

1. Das Denken hinterfragen

Was ist deutsch? Wer „gehört dazu“? – Widersprüche aufzeigen!

Rollen hinterfragen, z.B. Arbeitsteilung, Rollenübernahme, Aufgabenverteilung z.B. im Jugendclub. Eigene Wertvorstellungen in Frage stellen, z.B. die

„deutsche Ordnung“.

Im Rahmen des Projekts „Mein Name ist Mensch“ wurde mit Jugendlichen einmal über Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt reflektiert. Wie geht man hierbei aber mit Stereotypen um – haben sie etwas mit der Realität zu tun? Geäußert wird z.B. die Wahrnehmung, dass Jungen mit Migrationshintergrund häufig „flotte Sprüche“ gegenüber Mädchen äußern. Oft werden Zahl und Anteil von Ausländern in einer Stadt falsch eingeschätzt, was zur Meinung führt, „dass Ausländer Arbeitsplätze wegnehmen“. Wie werden solche falschen Einschätzungen reflektiert? – Erfolgt keine Reaktion auf solche Äußerung, kann dies als Bestätigung gewertet werden.

2. Grenzen ziehen

Zunächst wird die Problematik der „Grenzziehung“ allgemein diskutiert: Wie wird z.B. mit rechten Teilnehmern öffentlicher Veranstaltungen, z.B. Wettkämpfen, umgegangen? Dieses nicht unmittelbar mit der Geschlechterthematik zusammenhängende Thema wird hier dokumentiert, da es immer wiederkehrende Fragen des Um-

gangs mit Rechten berührt. In Zwickau nahm ein NPD-Vertreter medienwirksam (als Sieger) am Wettbewerb „Schwimmen für Demokratie“ teil. Da der Betreffende bzw. ein solches Vorgehen durch die NPD bekannt gewesen sei, hätte „Amtshilfe“ in Form rechtzeitiger und ausreichender Information einen Ausschluss des Teilnehmers ermöglicht. Wichtig ist in solchen Fällen das „Mitnehmen der Öffentlichkeit“. Zumindest im Nachhinein sollte durch die Medien ausführlich über eine solche Vereinnahmung der demokratischen Öffentlichkeit berichtet werden.

Von Polizeiseite wird für einen abgewogenen, differenzierten Umgang plädiert. Um das allzu schnelle Entstehen einer „Front“ zu vermeiden (die zur Folge hätte, dass sich Rechte als Märtyrer inszenieren und so Anhänger gewinnen), könne ein Ausschluss vermieden und stattdessen einem rechten Teilnehmer seine Urkunde verliehen werden, während dies gleichzeitig unmissverständlich kommentiert wird.

Da latente Ausländerfeindlichkeit oder Angst vor „Überfremdung“ gesell-

schaftlich so weit verbreitet sind, werden in der Öffentlichkeit rechte Aktionen eher als Einzelfälle bagatelisiert. Dieser Umgang größerer Teile der Bevölkerung mit der Problematik verhilft Rechten zur „Normalität“, so lautet eine häufig geäußerte Einschätzung am Arbeitstisch.

Welche Interventionsmöglichkeiten gibt es gegenüber „rechten“ Jugendlichen?

Sowohl seitens der Eltern als auch im Freizeitbereich sollte als erster Schritt vor der Verfestigung rechter Überzeugungen nachgefragt oder eingegriffen werden. Gerade in frühen Phasen ist eine sensible und genaue Wahrnehmung wichtig, um ggf. entstehende (latente) rechte Einstellungen überhaupt zu erkennen.

Rechte Jugendliche rekrutieren, d.h. werben Gleichgesinnte, z.T. in Jugendrichtungen. Dies kann einen schleichenden Prozess in Gang setzen: wenn z.B. in Jugendclubs nur noch oder überwiegend rechte Jugendliche kommen, wird deren Dominanz einfach hingenommen / akzeptiert. Vor der Schwelle der offenen rechten Positionierung von

▶ Arbeitstheze des Modellprojekts „Mut vor Ort“:

„Genderspekte spielen eine Rolle bei der Ausprägung neonazistischer Orientierungen und menschenfeindlicher Einstellungen. Geschlechterspezifische Sozialisation und die eigene Körperlichkeit sind gerade für Jugendliche auf der Suche nach der eigenen Identität von zentraler Bedeutung. Arbeitstheze des Projekts ist, dass es geschlechtsspezifische Motive als Junge oder Mädchen gibt, sich neonazistisch zu orientieren. (...) Daraus leitet sich die Notwendigkeit einer geschlechterreflektierenden Präventionsarbeit ab. Konkret bedeutet das u.a. eine Auseinandersetzung und Bewusstmachung der eigenen Geschlechterbilder um Rollenzuschreibungen, um Alternativen aufzuzeigen und entwickeln zu können. Die Darstellung der Vielfalt von Geschlechterrollen eröffnet Ausstiegsoptionen für neonazistisch orientierte Jugendliche...“ (aus der Projektbeschreibung „Mut vor Ort“)

Rechten sollte die Devise in der Jugendarbeit sein: Der andere wird als Mensch akzeptiert nach dem Motto: „Ich arbeite mit Dir solange wie möglich, zeige Dir aber auch Grenzen / andere Möglichkeiten auf“. Allgemein wird die Option eines Ausschlusses von Jugendlichen aus einer Gruppe oder einer Jugendeinrichtung als letzte Möglichkeit angesehen.

Wo wird die Grenze gezogen? Regeln können sinnvoll sein: Eindeutige Kleidungsstücke, bestimmte Musik werden nicht toleriert; Belästigungen

anderer sind ein weiteres Kriterium. Wer sich rechts organisiert (Kameradschaft, Partei), kann in öffentlichen (Jugend-) Räumen keinen Platz mehr haben.

Plädoyer dafür, Signale zu setzen: Durch den Ausschluss einer sich offen rechts positionierenden Person wird die Gruppe geschützt. Es geht darum zu verhindern, dass die Gruppe/die Veranstaltung „gesprengt“ wird. Die Problematik des „Zeitpunkts“, wann ein Ausschluss zu vollziehen ist, zeigt einen schmalen Grat in der akzeptierenden Jugendarbeit

– es kann auch zu Fehleinschätzungen kommen. Intensive Gespräche sind oft der einzige Weg, wirklich realistische Einschätzungen treffen zu können.

► *...und noch zwei Stimmen zur Problematik insgesamt: „Rechtsextremismus ist in der Demokratie nicht zu verhindern.“*

„Die Demokratie hält eine Menge aus – muss aber nicht alles hinnehmen.“

Fazit..

► Erfahrungen:

Konventionelle Geschlechterrollen sind weit verbreitet, bei „rechten“ wie auch bei „nicht-rechten“ Jugendlichen. Es ist in der Arbeit mit „Rechten“ immer wichtig, auch eigene Überzeugungen zu hinterfragen. Die Grenzproblematik und die Frage der Interventionsmöglichkeiten sind wesentliche Herausforderungen in der Jugendarbeit – auch wenn es nicht immer klare Grenzen „nach rechts“ gibt, so sind in der Arbeit mit Menschen, gerade mit Jugendlichen, doch Grenzen zu ziehen.

► Handlungsansätze:

Über die Reflexion von (geschlechtsspezifischen) Identifikationen können Orientierungen und Verhaltensweisen von rechten Jugendlichen in Frage gestellt werden. Bei der Interventionsproblematik kann Fortbildungen helfen, um sich selbst in die Lage zu versetzen, Jugendlichen in sinnvoller Weise zu begegnen (siehe auch „Arbeitsthese“ oben). „Mut vor Ort“ bietet die Begleitung von 4 – 6 Modellstandorten in Sachsen.

Ansprechpartner/innen:

Enrico Glaser, Projektkoordination
 Peter Bienwald, Coaching/Beratung
 Karola Jaruczewski, Coaching/Beratung
 Tel. 0371 / 5336420
 Fax. 0371 / 5336426
 www.agjf-sachsen.de
 mut-vor-ort@agjf-sachsen.de

World-Café-Tisch 6: Antragswust, Antragsfrust und Hoffnung... Tipps und Unterstützung für Engagierte

Moderation: Manfred Laske, Verein für Bildungsinnovationen e.V., ehem. Vorsitzender des Verbandes Sächsischer Bildungsinstitute



1. Allgemeine Tipps:

Ein wichtiger Schlüsselbegriff bei der Antragstellung ist „Nachhaltigkeit“. Als „nachhaltig“ gilt ein Projekt zum Beispiel, wenn für die Zielgruppe nachhaltige Strukturen geschaffen werden oder sich Perspektiven eröffnen.

Ein weiterer Schlüsselbegriff ist „Innovation“. Pilotprojekte seien beispielsweise „innovativ“, da Neues versucht werde.

Die Ausgangssituation jedes Projekts ist genau und plausibel zu formulieren. Für jeden Projektantrag ist die Zielgruppe zu beachten und genau zu definieren.

Generell ist für die Bewerber/innen eines Projektantrags die Nachvollziehbarkeit unverzichtbar.

► Für viele Anträge ist eine Datenbank mit vorgefertigten Textbausteine hilfreich

► Empfehlung:

- Deutsche Förderdatenbank
- BBJ-Consult: Newsletter für 18€ monatlich

Statt eines zu ausführlichen Antrags empfiehlt es sich, lieber einen kürzeren Antrag schreiben und später eine plausible Änderungsmitteilung nachzusenden.

Zur erfolgreichen Umsetzung und Finanzierung von Projekten im Demokratiebereich...

► Was muss ich bei Projektanträgen beachten?

► Welche Finanzierungsmöglichkeiten habe ich?

► Was macht innovative Projekte aus?

► Wie kann ich meine Ideen am besten umsetzen?

2. Finanzierung: Möglichkeiten...

Die Grundidee ist, Förderer zu finden. Sponsoring oder Spendensammeln klappt am besten durch persönliche Kontakte. Um von großen Unternehmen Spenden zu bekommen, sollte man deren Profile prüfen und schauen, was man ihnen anbieten kann als Gegenleistung (z.B. einen Workshop).

Finanzierungsmöglichkeiten gibt es grundsätzlich auf den Ebenen von EU (z.B. Civitas), Bund, Land, Kommune, Stiftungen (z.B. Viola für Umweltprojekte), Unternehmen, durch Sponsoring und Fundraising. Die Deutsche Luft- und Raumfahrtbehörde darf über Bund und Land Gelder verfügen. Die Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung (GSUB) fördert Zukunft der Arbeit, 50plus und Weiteres.

3. Finanzierung: Schwierigkeiten

Eine 100%-Finanzierung durch die SAB (Sächsische Aufbaubank) ist schwierig, und zwar aufgrund der Feinjustierung – grundsätzlich ist der komplette Finanzbedarf detailliert anzugeben, andererseits ist immer mit Veränderungen

im Projektverlauf zu rechnen – und da Veränderungen sofort mitzuteilen sind. Aufgrund des bürokratischen und restriktiven Stils der SAB sind Sachsens Träger zahlenmäßig dramatisch zurückgegangen.

Grundsätzlich empfiehlt Manfred Laske, in Projektfinanzierungsanträgen „unternehmerisch“ vorzugehen, d.h. Leistungspolitik, Produktpolitik, Marketingpolitik (Marktgröße, Bedürfnisstruktur Zielgruppe, intrinsische vs. extrinsische Motivation der Teilnehmer) zu beachten wie in der Wirtschaft.

Es gibt starke Kürzungen im Förderbereich, v.a. in der EU. 75% der Programme funktionieren nur mit Vorfinanzierung. Projekte fänden häufig nicht statt, weil (v.a. kleine) Träger die Vorfinanzierung nicht sichern können. Die Kluft zwischen Antragschreibern und Bearbeitern wird immer größer. Die Rahmenbedingungen haben sich verschlechtert – dies betrifft die Förderhöhe, die Förderdauer, welche Bereiche gefördert werden und was zur Förderung nachgewiesen werden muss.

Gibt es hier einen „Ost-/West-Konflikt“? Im Osten

finanziert die Projektarbeit häufig den Lebensunterhalt, während sie nach der Einschätzung des Moderators in Westdeutschland eher eine nebenberufliche Aufgabe ist. Daher würden in den östlichen Bundesländern die vergebenen Mittel eher knapp bemessen.

Fazit...

► Erfahrungen:

Angesichts der Komplexität von Projektanträgen und z.T. schwieriger Rahmenbedingungen ist „Antragsfrust“ durchaus verbreitet, insbesondere was Finanzierungsmöglichkeiten angeht. Zugleich gibt es sehr viele Ideen und damit viel Antragspotential Zur Finanzierung: Es liegen gute Erfahrungen mit lokalem Sponsoring vor.

► Aufgaben/Handlungsansätze:

Voraussetzung erfolgreicher Antragsstellung ist zunächst zu recherchieren, ob bereits ähnliche Projekte stattfanden bzw. gefördert wurden, um Lücken zu finden und daran anzuknüpfen (d.h. den eigenen Bedarf zielgerecht zu formulieren).

Zur Projektbeantragung sollte in Netzwerken zusammengearbeitet werden, um Ideen, Umsetzungsmöglichkeiten und Initiativen zu generieren sowie zu realisieren. Projektentwickler-Netzwerke können für einen besseren Überblick und Informationsaustausch sorgen und bei Antragsformulierung, Abrechnung etc. helfen...

► Was brauchen wir dafür?

Immer einen offenen Geist haben und sich inspirieren lassen...

A series of horizontal dotted lines for taking notes.



